ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Brenke, Karl

Article

Zuwanderungsdebatte: Rasch klare Regeln für den Sozialleistungsbezug schaffen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brenke, Karl (2014) : Zuwanderungsdebatte: Rasch klare Regeln für den Sozialleistungsbezug schaffen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 7, pp. 128-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/92918

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

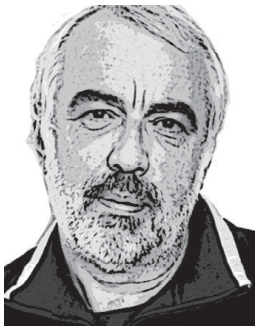
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Zuwanderungsdebatte: Rasch klare Regeln für den Sozialleistungsbezug schaffen

Wieder einmal ist eine Debatte um Zuwanderungen in Deutschland entbrannt. Hintergrund sind Zuzüge ethnischer Gruppen aus Bulgarien und Rumänien in alte Industrieregionen insbesondere in Stadtquartiere, die zur Verslumung tendieren. Teile der Bevölkerung befürchten, dass mit der gerade hergestellten gänzlichen Freizügigkeit für Arbeitnehmer nun vermehrt Personen aus diesen Ländern zuziehen und die Sozialsysteme belasten werden, da sie wegen unzureichender Qualifikation schwer einen Job finden können. Mitunter wird sogar unterstellt, dass sie gar keine Arbeit suchen, sondern nur den Bezug von Sozialleistungen anstreben. Völlig abwegig ist diese Ansicht nicht, denn Arbeitsuchende müsste es eigentlich nach Regensburg oder Ravensburg ziehen, wo Vollbeschäftigung herrscht, und nicht in Städte mit hoher Arbeitslosigkeit wie Duisburg oder Berlin. Freilich spielen auch soziale Bindungen bei der Ortswahl eine Rolle.

Solchen Befürchtungen wird entgegengehalten, dass die bisher Zugezogenen überwiegend qualifiziert seien; viele hätten sogar einen Hochschulabschluss. Das stimmt. Erwähnt werden sollte aber auch, dass von den in den letzten Jahren aus Bulgarien und Rumänien Zugezogenen etwa 40 Prozent überhaupt keine Berufsausbildung haben – ein etwa vier Mal so hoher Anteil wie unter den Deutschen. Überdies wird angeführt, dass die meisten Zuwanderer einen Job gefunden hätten, Steuern und Abgaben zahlten und deshalb in volkswirtschaftlicher Hinsicht ein Gewinn für Deutschland seien. Wenngleich auch ihre Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie der Durchschnitt ist, hat doch tatsächlich die Mehrzahl der zugewanderten Bulgaren und Rumänen einen Job. Das als volkswirtschaftlichen Gewinn zu verbuchen, ist allerdings sehr gewagt. Denn auf dem deutschen Arbeitsmarkt zeigt sich eine erstaunliche Entwicklung: Obwohl die Zahl der Beschäftigten steigt, sinkt die Arbeitslosigkeit nicht – das Erwerbspersonenpotential wächst vor allem wegen vermehrter Zuwanderungen. Es wäre gewiss kein geringerer gesamtwirtschaftlicher Gewinn, wenn Arbeitsplätze mit Personen aus dem heimischen Arbeitskräftereservoir besetzt worden wären; das hätte oft sogar noch Sozialausgaben gespart.

Ein offener Arbeitsmarkt ist ein konstitutiver Bestandteil eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes wie der EU und kann allen Mitgliedstaaten nutzen. Anzeichen dafür, dass es nun zu einem Ansturm auf die deutschen Sozialsysteme kommt, gibt es bisher nicht. Auszuschließen ist eine vermehrte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch Zuwanderer angesichts des riesigen Einkommensgefälles zwischen Deutschland und den 2007 der EU beigetretenen Staaten allerdings auch nicht. Der dortige monatliche Durchschnittslohn liegt netto und um Kaufkraftunterschiede bereinigt bei etwa 600 Euro und somit unter den Hartz-IV-Leistungen. Wegen der wachsenden Skepsis in der Bevölkerung und angesichts der Belastungen infolge der zu großen Teilen verfehlten Einwanderungspolitik vergangener Jahrzehnte muss die Politik prophylaktisch für klare Regelungen sorgen, unter welchen Bedingungen der Bezug von Sozialleistungen für Immigranten möglich ist. Er sollte nicht attraktiver als in vergleichbaren Staaten gestaltet sein. Dies gilt auch für die Bezugsdauer, die anderswo beschränkt ist. Die politischen Entscheidungsträger sind jedoch in eine Starre verfallen und warten auf ein noch ausstehendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Rasche nationale Regelungen sollten gleichwohl möglich sein und könnten helfen, das um sich greifende Richterrecht einzudämmen. Aussitzen hilft indes Niemandem – am wenigsten den gut qualifizierten Zuwanderern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, die einen Job suchen und Gefahr laufen, wegen unterstellter anderer Motive argwöhnisch beäugt zu werden. Sie könnten deshalb einen Bogen um Deutschland machen.

DIW Berlin — Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Dr. Malte Rieth

Textdokumentation
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 – 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.